

Reinisch, Holger

Jugendarbeitslosigkeit und Weltwirtschaftskrise. Zur Frage der Strukturgleichheit der berufspädagogischen Diskussion einst und heute

Heid, Helmut [Hrsg.]; Wolfgang Klafki [Hrsg.]: Arbeit - Bildung - Arbeitslosigkeit. Beiträge zum 9. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft vom 26. - 28. März 1984 in der Universität Kiel. Weinheim ; Basel : Beltz 1985, S. 154-162. - (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft; 19)



Quellenangabe/ Reference:

Reinisch, Holger: Jugendarbeitslosigkeit und Weltwirtschaftskrise. Zur Frage der Strukturgleichheit der berufspädagogischen Diskussion einst und heute - In: Heid, Helmut [Hrsg.]; Wolfgang Klafki [Hrsg.]: Arbeit - Bildung - Arbeitslosigkeit. Beiträge zum 9. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft vom 26. - 28. März 1984 in der Universität Kiel. Weinheim ; Basel : Beltz 1985, S. 154-162 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-226854 - DOI: 10.25656/01:22685

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-226854>

<https://doi.org/10.25656/01:22685>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Zeitschrift für Pädagogik

19. Beiheft

Zeitschrift für Pädagogik

19. Beiheft

Arbeit – Bildung – Arbeitslosigkeit

Beiträge zum 9. Kongreß der Deutschen
Gesellschaft für Erziehungswissenschaft

vom 26. – 28. März 1984
in der Universität Kiel

Im Auftrag des Vorstandes herausgegeben
von Helmut Heid und Wolfgang Klafki

Beltz Verlag · Weinheim und Basel 1985

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Arbeit – Bildung – Arbeitslosigkeit :

vom 26.–28. März 1984 in d. Univ. Kiel / im Auftr. d. Vorstandes
hrsg. von Helmut Heid u. Wolfgang Klafki. – Weinheim ; Basel : Beltz 1985.

(Zeitschrift für Pädagogik : Beiheft ; 19)

(Beiträge zum ... Kongress der Deutschen Gesellschaft
für Erziehungswissenschaft ; 9)

ISBN 3-407-41119-7

NE: Heid, Helmut [Hrsg.]; Zeitschrift für Pädagogik / Beiheft;

Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft: Beiträge vom

... Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden.

Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder ähnlichem Wege bleibt vorbehalten.

Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benützte Kopie dient gewerblichen Zwecken gem. § 54 (2) UrhG und verpflichtet zur Gebührenzahlung an die VG WORT, Abteilung Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, von der die einzelnen Zahlungsmodalitäten zu erfragen sind.

© 1985 Beltz Verlag · Weinheim und Basel

Gesamtherstellung: Beltz, Offsetdruck, 6944 Hemsbach über Weinheim

Printed in Germany

ISSN 0514-2717

ISBN 3 407 41119 7

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
-------------------	---

I. Öffentliche Ansprachen

HELMUT HEID	
– Kongreßeröffnung	15
– Zur Kongreßthematik	16
GERD GRIESSER	21
DOROTHEE WILMS	24
PETER BENDIXEN	29

II. Arbeit – Bildung – Arbeitslosigkeit im Blickfeld erziehungswissenschaftlicher Teildisziplinen

Pädagogisierung sozialer Probleme. Entwicklung und Folgeprobleme des Einflusses sozialer Probleme auf erziehungswissenschaftliche Theoriebildung und pädagogische Praxis.

ULRICH HERRMANN	
Die thematischen Schwerpunkte des Symposiums	35
BERND ZYMEK	
Schulreform und Schulkrise. Konjunktur der Arbeitsmarktperspektiven und der Schultheorie in den 1920er Jahren	42
WERNER E. SPIES	
Der Plan und die Verhältnisse. Auswirkungen politisch-sozialer Veränderungen auf die Programmatik der Bildungsreform	47
PETER ZEDLER	
Expansion und Selbstbegrenzung. Probleme einer flexiblen Sicherung pädagogischer Optionen	56
<i>Arbeit – Bildung – Arbeitslosigkeit im 19. und 20. Jahrhundert. Empirische Ergebnisse aus dem DFG-Projekt „Historische Qualifikationskrisen“</i>	
PETER LUNDGREEN	
Einführung in die Thematik des Symposiums	65

VOLKER MÜLLER-BENEDICT/AXEL NATH/HARTMUT TITZE Universitätsbesuch und akademischer Arbeitsmarkt im 19. und 20. Jahrhundert	68
BERND ZYMEK Die Expansion des höheren Schulsystems als Umstrukturierung von Feldern sozialer Reproduktion	77
DETLEF FROHSE/MANFRED HEINEMANN/HANS JÜRGEN LOEWENBRÜCK/ MICHAEL SAUER Lehrerversorgung im niederen Schulwesen Preußens (1800–1926). Ein Überblick über strukturelle Bedingungen, quantitative Entwicklung und Momente staatlicher Steuerung	86
MARGRET KRAUL Bildungsbeteiligung und soziale Mobilität in preußischen Städten des 19. Jahrhunderts	94
<i>Die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ und die Verlegenheit pädagogischer Anthropologien</i>	
C. WOLFGANG MÜLLER Von meiner eigenen Verlegenheit	99
GEORG M. RÜCKRIEM Von der Notwendigkeit, Positionen zu bekräftigen	101
WOLFGANG NAHRSTEDT Arbeit – Muße – Mündigkeit. Perspektiven für eine „dualistische“ Anthropologie zur Überwindung der „Krise“	115
FRITZ GAIRING Diskussionsverläufe	128
<i>Berufliches Lernen unter den Bedingungen von Arbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzmangel – Berufs- und wirtschaftspädagogische Analysen und Konzepte</i>	
ADOLF KELL Arbeit – Bildung – Arbeitslosigkeit unter berufspädagogischen Aspekten	131
JOACHIM MÜNCH Ausbildungssystem, Ausbildungslosigkeit und Arbeitslosigkeit der Jugendlichen in den Ländern der EG. Eine Problem- und Projektskizze	140
HOLGER REINISCH Jugendarbeitslosigkeit und Weltwirtschaftskrise. Zur Frage der Strukturgleichheit der berufspädagogischen Diskussion einst und heute	154
GÜNTER KUTSCHA Ausbildungsversorgung und Berufsnot Jugendlicher im Ruhrgebiet – Ansatzpunkte und Aspekte zur regionalen Berufsbildungsforschung	163
<i>Jugendarbeitslosigkeit als Herausforderung an Schule und Sozialarbeit im internationalen Vergleich</i>	
VIKTOR BLUMENTHAL/BRUNO NIESER/HEINZ STÜBIG Jugendarbeitslosigkeit als Herausforderung an Schule und außerschulische Bildung in England, Frankreich und Italien	173

BURKHART SELLIN Programme der EG und der Mitgliedstaaten zur Bildung, Ausbildung und Beschäftigung von Jugendlichen angesichts der Arbeitsmarktkrise	190
VOLKER LENHART in Zusammenarbeit mit ROLF ARNOLD, JÜRGEN HEINZE, HANS-PETER SCHWÖBEL, GERALD STRAKA Bildung und Beschäftigung in der Dritten Welt	199
<i>Freizeitpädagogik in der Krise der Arbeitsgesellschaft</i>	
HANS RÜDIGER Fragestellung des Symposions und Zusammenfassung der Beiträge	213
FRANZ PÖGGELER Freizeitpädagogik in der Sinnkrise der Leistungs- und Freizeitgesellschaft	219
<i>Arbeitslehre: alte Probleme, neue Perspektiven – Arbeit als Gegenstand allgemeinbil-</i> <i>denden Unterrichts</i>	
GERHARD HIMMELMANN Arbeit und Allgemeinbildung. Was heißt „Arbeitsorientierung“ in der Arbeits- lehre?	227
HORST ZIEFUSS Schule, Arbeit und Beruf aus der Sicht Auszubildender – Perspektiven für die Arbeitslehre	238
HEINZ DEDERING Arbeitslehre in der Sekundarstufe II als Beitrag zur Verbindung von Berufs- und Allgemeinbildung	249
GÜNTER WIEMANN Erfahrungen aus dem Reformansatz „Arbeitslehre“	254
ROLF HUSCHKE-RHEIN Bildung – Arbeit – Friedlosigkeit. Zur strukturellen Analyse von Bildung und Arbeit unter friedenthematischem Aspekt	257
III. Arbeit – Bildung – Arbeitslosigkeit: Besonders betroffene Gruppen – Analy- sen und Konzepte	
<i>Jugendliche in der Krise der industriellen Arbeitsgesellschaft</i>	
HELMUT BECKER/JÜRGEN ZINNECKER Zur Konzeption des Symposiums	279
MARTIN BAETHGE Die Bedeutung von Arbeit im Entwicklungsprozeß von Jugendlichen	281
THOMAS OLK Jugend und gesellschaftliche Differenzierung – Zur Entstrukturierung der Jugendphase	290

LOTHAR BÖHNISCH	
Über den öffentlichen Umgang mit der Jugend heute	302
THOMAS ZIEHE	
Die Jugenddebatte – Argumente für eine Fortführung	309
BRIGITTE THIEM-SCHRÄDER	
Jugendarbeitslosigkeit und Jugendkriminalität	315
 <i>Arbeit, Bildung, Arbeitslosigkeit ausländischer Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland</i>	
DIETHER HOPF	
Einführung in die Problemstellung des Symposiums	325
LASZLO ALEX	
Ausländische Jugendliche in der Bundesrepublik Deutschland	328
URSULA NEUMANN/HANS H. REICH	
Pädagogische Probleme in der Berufsorientierung türkischer Jugendlicher	337
FRITZ POUSTKA	
Psychiatrische Störungen ausländischer Jugendlicher am Ende der Pflichtschulzeit unter besonderer Berücksichtigung prognostischer Aspekte der Integration	359
ULI BIELEFELD	
Arbeit, Arbeitslosigkeit und Nichtarbeit. Sozialerfahrung und Verarbeitungsformen türkischer männlicher Jugendlicher	371
 <i>„Ausgelernt und angeschmiert“. Frauenarbeit – Frauenbildung – Frauenerwerbslosigkeit</i>	
BÄRBEL SCHÖN	
Zur Einführung	377
HEDWIG ORTMANN	
Plädoyer für eine „Feministische Lebenswissenschaft“ – Entwurf eines Programms	380
BÄRBEL SCHÖN	
Einige Überlegungen zur Professionalisierung der Erziehung	386
DORIS LEMMERMÖHLE-THÜSING	
Berufliche Bildung – Eine Chance für Frauen?	392
MARIE-LUISE CONEN	
Professionalisierung zur Sozialhilfeempfängerin	399
AN LUTTIKHOLT	
Feministische Bildungsarbeit in der Praxis – ein Beispiel aus den Niederlanden	404
 <i>Polyvalenz: Lehrerausbildung ohne Zukunft – Zukunft ohne Lehrerausbildung?</i>	
HENNING HAFT	
Einführung	409

KLAUS PARMENTIER	
Alternative Einsatzfelder für Lehrer?	411
RÜDIGER FALK	
Polyvalenz im Spannungsverhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem . .	415
ECKHART LIEBAU	
Die Forderung nach einer polyvalenten Lehrerausbildung aus schulpädagogischer Perspektive	418
HEINRICH KUPFFER	
Die Qualifikation des Lehrers und seine Position im Erziehungssystem	421
HENNING HAFT	
Polyvalente Lehrerausbildung als Problem der Hochschule	424
KARL-RUDOLF HÖHN	
Polyvalenz als institutionelles Problem	427
<i>Lehrerarbeitslosigkeit – Auslöser für Funktionswandel in der Lehrerfortbildung</i>	
MANFRED BAYER/WERNER HABEL	
Problemdarstellung und Resümee aus der Diskussion in der Arbeitsgruppe 6 der Kommission „Schulpädagogik/Lehrerausbildung“	431
WOLFGANG BÜNDER	
Thesenhafte Zusammenfassung diskutierter Arbeitspapiere	436
WOLFGANG NIEKE	
Zusatzstudiengänge zur Weiterbildung von Lehrern für den Unterricht mit Schülern ausländischer Herkunft – Qualifikationsakkumulation oder notwendige Erweiterung pädagogischer Handlungskompetenz?	438
MARIA BÖHMER	
Regionalisierung der Lehrerfortbildung oder Regionale Lehrer-Fortbildung – Verschleierung von Konzeptionslosigkeit oder Chance für eine notwendige Neuorientierung?	442
MANFRED BAYER	
Kooperative Lehrerfort- und -weiterbildung im Verbund von Schule und Hochschule: Regionales pädagogisches Zentrum als gemeinwesenorientiertes Kommunikationsmodell	445
PETER DÖBRICH	
Fortbildung: Alphabetisierung beschäftigter Lehrer, Trost für arbeitslose Lehramtsabsolventen?	450
WOLFGANG NITSCH	
Selbsthilfe-Projekte arbeitsloser Lehrer für die Lehrer- und Pädagogen-Fortbildung	452
JOHANNES WILDT	
Neue Aufgaben der Hochschulen unter den Bedingungen steigender Lehrerarbeitslosigkeit	458
WERNER HABEL	
Lehrerarbeitslosigkeit, Lehrerfortbildung und das Interesse der Hochschulen .	461

Außerschulisches Berufsfeld Sport

HERBERT HAAG	
Einführung	467
ANNETTE KRÜGER	
Freizeitsport	468
ALEXANDER MORAWIETZ	
Sportselbstverwaltung	474
HERBERT HAAG	
Gesundheitssport	479
WOLFGANG KNEYER	
Information und Dokumentation im Sport	482
HERBERT HAAG/WOLFGANG KNEYER/ANNETTE KRÜGER/ALEXANDER MORAWIETZ	
Elemente beruflicher Bildung für das außerschulische Berufsfeld Sport	487
ANNETTE KRÜGER/ALEXANDER MORAWIETZ	
Zusammenfassung der Diskussion in der Arbeitsgruppe	490

Arbeitslosigkeit der Akademiker

KARL HAUSSER/PHILIPP MAYRING	
Lehrerarbeitslosigkeit – Folgen für die Lehrerausbildung	493
DIRK BUSCH/CHRISTOPH HOMMERICH	
Lehrerarbeitslosigkeit als zentrales Problem des Arbeitsmarktes für Hochschulabsolventen	499
DIETER ULICH	
Beiträge psychologischer Arbeitslosigkeitsforschung	506
BLANCA DEGENHARDT/PETRA STREHMEL	
Lebenssituation und Belastung arbeitsloser Lehrer	510
PHILIPP MAYRING	
Zur subjektiven Bewältigung von Arbeitslosigkeit	516
MAYA KANDLER	
Subjektive Probleme der beruflichen Umorientierung von arbeitslosen Lehrern	521
DIRK BUSCH/CHRISTOPH HOMMERICH	
Der Diplompädagoge – Lästiges Überbleibsel der Bildungsexpansion oder neue Profession? Wohin mit der zweiten Generation?	528
ULRICH TEICHLER	
Übergang vom Studium zum Beruf und betriebliche Einstellungspraxis	533

IV. Hinweise auf andernorts veröffentlichte Kongreßbeiträge	539
--	------------

Jugendarbeitslosigkeit und Weltwirtschaftskrise

Zur Frage der Strukturgleichheit der berufspädagogischen Diskussion einst und heute

1. Vorbemerkung

Anlaß der folgenden Darstellung ist die aus dem Studium insbesondere zeitgenössischer berufspädagogischer Literatur gewonnene These einer weitgehenden strukturellen Identität der in der Debatte um die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise wie heute herangezogenen (pädagogischen) Argumentations- und Legitimationsmuster.

Um diese These zu belegen, muß die damalige Debatte und der sozioökonomische und politische Hintergrund ihres Entstehens dargestellt werden; dazu ist es m. E. erforderlich,

- die Wirtschaftsentwicklung, das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit und die zu deren Bekämpfung ergriffenen Maßnahmen der Erwerbslosenbeschulung und des „FREIWILLIGEN ARBEITSDIENSTES“ zu beschreiben (2);
- die berufspädagogische Diskussion dieser von der Arbeitsverwaltung primär als arbeitsmarktpolitisch gedachten Maßnahmen und deren Umdeutung in „volks- und arbeitserzieherische“ Maßnahmen zu analysieren (3);
- die Strukturgleichheit der Debatte anhand der Entwicklung des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) und der aktuellen berufspädagogischen Normdiskussion um die Ziele von Berufsausbildung aufzuzeigen (4).

2. Wirtschaftskrise, Jugendarbeitslosigkeit und Maßnahmen zu deren Bekämpfung am Ende der Weimarer Republik

2.1. Wirtschaftsentwicklung und Jugendarbeitslosigkeit

Der wirtschaftliche Niedergang vollzog sich zwischen 1929 und 1932/33 mit atemberaubender Geschwindigkeit (Zahlenangaben nach: STATISTISCHE ÜBERSICHTEN ... 1932, 1933; O. V. 1933, S. 89 ff., und KUCZYNSKI 1966, S. 196 ff.).

- Die Industrieproduktion sank um über 40% auf das Vorkriegsniveau des Jahres 1913;
- die Beschäftigung der Arbeiter ging von ca. 85% der Arbeitsplatzkapazität Mitte 1928 auf ca. 40% Ende 1932 zurück, die der Angestellten sank von ca. 90% auf unter 60%, wobei in der Bauwirtschaft die Beschäftigung selbst im Sommer 1932 nurmehr ca. 23% betrug;
- die Arbeitslosenquote stieg von 9,7% im Durchschnitt des Jahres 1928 auf 44% Ende 1932, d. h. über 6 Mio. Erwerbspersonen waren als arbeitslos gemeldet.

Verlässliche Zahlen über das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit im hier interessierenden Zeitraum liegen nicht vor, denn es wurden nur die jugendlichen Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung gezählt (vgl. KÖHLER 1967, S. 81), und für die Jugendlichen im Alter von 14 bis unter 20 Jahren wurde es immer schwieriger, deren Anspruchsvoraussetzungen zu erfüllen (vgl. ADAMY/STEFFEN 1983). Obwohl also die vorliegenden Zahlen das gesamte Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit nicht erfassen,

verdeutlichen sie hinreichend die krisenhafte Entwicklung: Am 15. Juli 1928 wurden ca. 100000 Hauptunterstützungsempfänger bis unter 21 Jahren gezählt, am 15. Januar 1930 waren es bereits ca. 300000 (vgl. NIFFKA 1930, S. 61ff.), und im Sommer 1932 wurde die Millionengrenze deutlich überschritten (vgl. KÖHLER 1967, S. 81 und S. 115, sowie KUCZYNSKI 1968, S. 274).

Betroffen war von dieser für alle Wirtschaftszweige geltenden Entwicklung insbesondere die Arbeiterjugend. Das galt nicht mehr allein für die *ungelernten 18- bis 21jährigen*, die auch in „normalen“ Zeiten häufig von Arbeitslosigkeit betroffen waren, weil sie

für „die Übergangsberufe: Laufbursche, Zeitungsjunge, Gläserpüler, ... zu alt geworden (sind, denn) in Erwartung höherer Lohnforderungen entläßt der Arbeitgeber den Jungen und stellt eine jüngere, billigere Kraft ein, die die Arbeit ebensogut leisten kann“ (MUER 1930, S. 153).

Das „Geschick der Arbeitslosigkeit“ erlitten nun auch die *14- bis 17jährigen*, ansonsten als Lehrling oder Arbeiter eine „begehrte, weil verhältnismäßig billige Arbeitskraft für den Unternehmer“, und „in steigendem Maße auch die *frisch ausgelernten handwerklichen Gesellen und kaufmännischen Gehilfen*“ (LIEBENBERG 1930, S. 13f.).

2.2. Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Angesichts der geschilderten Entwicklung mußte ein neues Instrumentarium zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit entwickelt werden, da sich die von der kommunalen Erwerbslosenfürsorge bereits früher eingerichteten, strikt arbeits- bzw. berufsbezogenen Kurse zur Erhöhung der Vermittlungsfähigkeit der Teilnehmer in die gelernte oder in eine ungelernete Arbeit (vgl. dazu KNOFF 1927/1928) bei Massenarbeitslosigkeit als unwirksam erwiesen. Verstärkte Aktivitäten gingen zunächst von den kommunalen Jugendhilfeeinrichtungen und den freien Jugendverbänden aus; sie richteten Werkkurse ein. Strittig war jedoch zwischen diesen und der Arbeitsverwaltung die Finanzierung und die inhaltliche Ausrichtung der Kurse. Die kommunale Jugendhilfe leitete aus § 137 des „Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ (AVAVG) von 1927 die Forderung der Finanzierung der Werkkurse durch die Arbeitsverwaltung ab¹. Die Arbeitsverwaltung lehnte dies aus folgenden Gründen ab (LIEBENBERG 1930, S. 15ff.):

1. die Jugendlichen würden durch solche Kurse mehr zur Spielerei als zur Arbeit angehalten;
2. die Jugendlichen müßten sich vormittags im Wartesaal des Arbeitsamtes aufhalten, um persönlich zur Verfügung zu stehen, falls ein Arbeitgeber erscheine, um z. B. jugendliche Tagelöhner anzuwerben;
3. es könnten nur solche Kurse zur Berufsbildung und -schulung gefördert werden, durch die Unterstützungsempfänger vermittlungsfähiger würden.

Diese rigide Auslegung des § 137 AVAVG war gegen die sozialpädagogischen Bestrebungen der Jugendhilfe gerichtet, denn

die Vorstellung der „modernen Pädagogik ... , die Kräfte, die im Jugendlichen sind, zur Entfaltung zu bringen, möglichst also selbständige und schöpferische Persönlichkeiten zu erziehen“, scheitere daran, daß „Arbeitsplätze, die schöpferische Persönlichkeiten erfordern, nur gering an der Zahl sind.

¹ Danach war die Finanzierung von Veranstaltungen zur Fortbildung und Umschulung aus Mitteln der „REICHSANSTALT FÜR ARBEITSVERMITTLUNG UND ARBEITSLOSENVERSICHERUNG“ (im folgenden REICHSANSTALT) dann möglich, wenn diese geeignet seien, Empfänger von Arbeitslosenunterstützung der Arbeitslosigkeit zu entziehen.

Vorherrschend ... (sind) jene Arbeitsplätze, die Arbeiter und Arbeiterinnen erfordern, die in einem bestimmten Tempo eine Arbeit, meist Teilarbeit, maßhaltig genau liefern können“ (LIEBENBERG 1930, S. 17f.). Ebenso wandte sich der Vertreter des Arbeitsamtes gegen eine „größere Einspannung der Berufsschulen in die Betreuung der Arbeitslosen“ durch Heraufsetzung der Pflichtstundenzahl, da der Berufsschulunterricht theoretisch und rein schulmäßig aufgezogen werde. Von der Arbeitsverwaltung könnten daher nur Kurse gefördert werden, die das Ziel der Arbeitsschulung in bewußter Verbindung mit exakter Arbeit verfolgen. Die Arbeitsverwaltung ging also vom Primat des Arbeitsmarktes aus und meinte damit sehr vordergründig die Erhöhung der kurzfristigen Vermittelbarkeit in jedwede Arbeit.

Die Arbeitsverwaltung setzte sich mit dieser Zielsetzung zunächst durch. Bei der inhaltlichen Gestaltung der „Kurse zur Berufsertüchtigung“, die beispielsweise an den Berufsschulen durchgeführt wurden, war laut ministerieller Weisung auf „Anregungen und Bedürfnisse der Arbeitsämter besondere Rücksicht zu nehmen“ („SÄCHSISCHES MINISTERIUM FÜR VOLKSBILDUNG“ 1930/31, S. 753; vgl. KEMPKENS 1930). Die weiteren staatlichen Maßnahmen der Erwerbslosenschulung wurden von der Arbeitsverwaltung nicht gefördert, denn

den Kursen zur „lebenspraktischen Erziehung“ (insbesondere hauswirtschaftliche Kurse, Elementarkurse in Deutsch, Rechnen etc. und Kurse zu „Fragen der gesunden Lebensführung“), den „allgemeinbildenden Kursen mit lebensnahen Stoffgebieten“ und den Kursen zur „Erhaltung der seelischen und körperlichen Spannkraft“ durch „Bastel- und Werkgelegenheiten“, durch „Anleitung zur Betätigung auf den Gebieten des Kleingartenbaues, der Kleinsiedlung und Kleintierzucht“, durch „Spiele, Sport, Turnen, Gymnastik und Wandern“ (ebd., S. 754) etc. fehlte der direkte Bezug zum Arbeitsmarkt.

Obwohl bereits in den ersten drei Monaten des Jahres 1931 insgesamt 120000 Jugendliche in diesen Kursen betreut wurden, zeigte sich, daß die eng auf maximal 3 Monate begrenzten Lehrgänge nicht hinreichten, da nach Ablauf der Förderung die Jugendlichen genauso perspektivlos dastanden wie vorher. Die REICHSANSTALT mußte daher im Jahre 1931 ihre Position revidieren, denn die Vorstellung, die Vermittlungsfähigkeit durch zusätzliche Qualifikationen zu erhöhen, erwies sich mit der zunehmenden Wirtschaftskrise als völlig illusorisch. Nicht mehr der arbeitsmarktpolitische Aspekt der Vermittlungsfähigkeit sollte im Vordergrund stehen, sondern der „Gesichtspunkt des Erhaltens der Arbeitsfähigkeit und des Arbeitswillens“ (o. V. 1931a, S. 443). Damit wurde aber die Idee *beruflicher Fortbildung* zugunsten des *Gedankens einer allgemeinen Arbeitserziehung* aufgegeben.

Dieser Positionswechsel deutet die zukünftige Entwicklung an. Mit der sich verschärfenden Wirtschaftskrise und den zunehmenden Klagen über die staatsgefährdende Verwahrlosung, Kriminalität und politische Radikalisierung der Jugend erhielt die von der extremen politischen Rechten während der gesamten Weimarer Zeit erhobene Forderung nach Einführung der Arbeitsdienstplicht breite Zustimmung (zur entsprechenden politischen und publizistischen Kampagne siehe KÖHLER 1967, S. 14–80).

Dies resultierte aus der verbreiteten kulturpessimistischen und antiindustriellen Deutung der Krise. Diagnostiziert wurde eine Strukturkrise des industriellen Systems, die zum dauerhaften Ausschluß eines Teils der Bevölkerung aus dem Produktionsprozeß, zum Verlust „deutschen Geistes“ durch den von der rationalisierten Industrie hervorgerufenen „marxistischen Klassenkampfgeist“ und zum Verfall der bildenden Kraft der Arbeit in der „Unnatur und Unkultur der städtischen Berufe“ führe. Als Therapie wurde vorgeschlagen, die „Opfer der strukturellen Arbeitslosigkeit“ in einer streng von der übrigen Wirtschaft getrennten Ersatzwirtschaft – im Arbeitsdienst – zu erfassen, um als Gegenlei-

stung für die gewährte Unterstützung solche produktiven Werte zu schaffen, die wegen fehlender finanzieller Mittel privatwirtschaftlich nicht erstellt würden. Als Nebeneffekt sollte so die Jugend zur „freiwilligen Unterordnung“ und „zu geregelter Arbeit und Pflichterfüllung“ erzogen werden.

Weitergehend waren die Vorschläge, mittels Arbeitsdienst – durch die so ermöglichte „(Ost-)siedlung“ und „Rückführung der Arbeiterjugend aus der Industrie auf das Land“² – die „Reagrarisierung“ und damit Autarkie Deutschlands zu verwirklichen; denn nur die Rückkehr zu den handwerklichen und bäuerlichen Wurzeln und damit die „Ersetzung“ des „materialistischen Lohnprinzips“ durch das „ethische Prinzip des Dienens“ sowie die Schaffung von Ausgangspunkten für die „Expansion nach Osten“ böten einen Ausweg aus der Krise (auf die Angabe der Fundstellen wurde aus Raumgründen verzichtet; vgl. die Nachweise bei KÖHLER 1967, S. 40, S. 70 und S. 193–197). Die Forderung nach der Arbeitsdienstpflicht war also weniger arbeitsmarktpolitisch als nationalistisch, völkisch und „volkserzieherisch“ begründet.

Arbeitsmarktpolitische und arbeitspädagogische Gründe standen jedoch im Vordergrund des vom Kabinett BRÜNING statt der Arbeitsdienstpflicht eingeführten „Freiwilligen Arbeitsdienstes“ (im folgenden FAD)³. Ohne daß ein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts entstand, sollten jugendliche Arbeitslose im Arbeitsdienst ihre „brachliegende Arbeitskraft in selbstgewählter ernsthafter gemeinsamer Arbeit betätigen, . . . (um) dadurch die drohende Entwöhnung von der Arbeit zu verhüten und den Arbeitswillen zu stärken“ (o. V. 1931a, S. 443 u. 445). Kommunen, gemeinnützige Verbände und Genossenschaften („Träger der Arbeit“) konnten für Erd-, Entwässerungs- und Wegearbeiten und andere gemeinnützige, gegenwärtig nicht finanzierbare Projekte Förderung durch die REICHSANSTALT erhalten, wenn sie einen Verband („Träger des Dienstes“) fanden, der Arbeitsdienstwillige und das notwendige Stammpersonal zur Verfügung stellte.

Die Einschätzung des FAD (zu dessen rechtlicher und faktischer Entwicklung siehe KÖHLER 1967, S. 99–148) kann aus pädagogischer Sicht nicht eindeutig ausfallen. Einerseits bot er völkisch-nationalen Verbänden – wie dem „JUNGDEUTSCHEN ORDEN“ und dem „STAHLHELM“, die beide zu den größten Dienstträgerorganisationen zählten – die Gelegenheit, arbeitslose Jugendliche in „geschlossenen Lagern“ mit ausgesprochen militaristischem Gepräge zu sammeln, politisch zu beeinflussen und mit Billigung der Reichswehrführung vormilitärisch auszubilden. Andererseits war der Arbeitsdienst eine, vielfach die einzige Beschäftigungsmöglichkeit, die viele Jugendliche trotz geringer materieller Anreize dem „Nichtstun“ vorzogen⁴. In Maßnahmen kirchlicher, jugendpflegerischer und ab 1932 auch freigewerkschaftlicher Dienstträgerorganisationen standen zudem sozial- und arbeitspädagogische Bemühungen eindeutig im Vordergrund. Aber auch diese Maßnahmen führten allenfalls zu einer kurzfristigen Entlastung des Arbeits-

2 Diese Forderungen wurden insbesondere vom völkisch-nationalen „ARTAM-BUND“ erhoben, der personell eng mit der NSDAP verflochten war und bereits frühzeitig durch das Reichslandwirtschaftsministerium gefördert wurde (vgl. FAAS 1930; KÖHLER 1967, S. 39 ff.).

3 Grundlage war der im Rahmen der „Zweiten Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ am 5. Juni 1931 geschaffene § 139a AVAVG. Zum Scheitern der Arbeitsdienstpflicht aufgrund des Widerstandes der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften siehe die Argumente bei HESS (1931) und die Darstellung bei HEUPEL (1981, S. 195 ff.).

4 Das Anschwellen der Teilnehmerzahl auf 254000 Ende Oktober 1932 beruhte häufig nicht auf freiwilligem Entschluß der Jugendlichen, da bei Nichtteilnahme am Arbeitsdienst Fürsorgeempfängern die Einstellung der Zahlungen drohte (vgl. KÖHLER 1967, S. 141).

marktes und sozialen Stabilisierung der Jugendlichen; eine dauerhafte Erhöhung ihrer (beruflichen) Qualifikation konnte nicht erreicht werden und war auch nicht intendiert.

Dies wäre aber wahrscheinlich bei der Verwirklichung der Pläne für ein „Vorlehre-“, „Berufsgrundschuljahr“ oder „Berufsvorbereitendes Schuljahr“ genanntes Vollzeitschuljahr an der Berufsschule möglich gewesen (vgl. MUEER 1930, S. 155; o.V. 1931b, S. 109). Diese Pläne scheiterten aber ebenso wie der gewerkschaftliche Vorschlag, aus Arbeitsmarktgründen ein neuntes Pflichtvolksschuljahr einzuführen, weil dafür keine Mittel bereitgestellt wurden (vgl. o.V. 1931c, S. 144).

3. Jugendarbeitslosigkeit in der berufspädagogischen Diskussion Ende der Weimarer Republik

Die berufspädagogische Diskussion um die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist bis in die didaktischen Konsequenzen hinein geprägt vom oben aufgezeigten Kulturpessimismus, der das Denken vieler (Berufs-)Pädagogen nachhaltig beeinflusste. Es gab daher unter ihnen einen Fundus gemeinsamer Basisannahmen, der in der Diskussion immer wieder herangezogen und nur selten hinterfragt wurde. Danach wurde behauptet, daß

- die Krise zum dauerhaften oder langanhaltenden Ausschluß eines Teils der Bevölkerung von der (Lohn)arbeit führe (vgl. BEHR 1932, S. 75 f.; FRANZISKET 1931, S. 423);
- ein streng hierarchisierter Arbeitsmarkt entstanden sei, dessen Struktur bei der Konzipierung berufspädagogischer Maßnahmen unbedingt zu beachten sei (vgl. u. a. CONRADSEN 1931; LARDY 1932; KORDE 1933/34);
- das Vordringen der Maschinenarbeit nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch den Anteil der Ungelernten weiter steigern, wodurch der „Adel der Arbeit“ (WELZEL 1927/28, S. 337) – die Möglichkeit, durch Arbeit zu Bildung zu gelangen – nurmehr selten erfahrbar sei;
- diese Entwicklung dem Staat, der Wirtschaft und dem Volke gefährlich werden könne (vgl. u. a. SCHWINDT 1932).

Auffällig ist, daß sich unter diesen Basisannahmen kein pädagogisches, die Jugendlichen mit ihren Nöten, Interessen und Bildungsbedürfnissen in den Mittelpunkt stellendes Argument findet. Da die (als autonom gesetzte) Entwicklung von Ökonomie und Technik und das Interesse an einer staatsbejahenden Jugend im Vordergrund stehen müßten, könnten pädagogische Gesichtspunkte und erzieherische Aufgaben immer erst an zweiter Stelle stehen (vgl. ABRAHAM 1932, S. 308). Allein RIEDEL (1955, S. 3) kritisierte bereits 1933 diese Sichtweise, weil „der Bezugspunkt nicht im Menschen, sondern in der Sachlage gesucht wird“, während ansonsten von einer grundsätzlichen Harmonie zwischen den arbeitsmarktpolitischen und pädagogischen Maßnahmen ausgegangen wird.

Daraus ergibt sich für die berufspädagogische Diskussion, daß die ergriffenen Maßnahmen – Erwerbslosenschulung und FAD – akzeptiert und nurmehr erzieherisch gedeutet wurden. Dabei lassen sich zwei Diskussionsstränge nachweisen, da aus der Deutung der Wirtschaftskrise unterschiedliche Konsequenzen für die Zielsetzung und inhaltliche Gestaltung der Maßnahmen gezogen wurden.

Die *eine* Argumentationslinie geht von der langfristig gegebenen Möglichkeit aus, die Jugendlichen auf allerdings unsicheren Arbeitsplätzen für ungelernete Kräfte zu beschäftigen. Da der Primat des Arbeitsmarktes gelte, könne deshalb nicht die fachliche, berufsbezogene Ausbildung – wie an der Lehrlingsberufsschule – im Vordergrund stehen. Statt dessen sei eine *allgemeine Arbeitsschulung* (BERBIG 1932) mit folgenden Zielsetzungen anzustreben (DEUTSCHER AUSSCHUSS FÜR TECHNISCHES SCHULWESEN 1933):

- Förderung der *Leistungsfähigkeit* durch technische Arbeitsschulung im Sinne einer durch „Werkarbeit“ zu erreichenden manuellen Geschicklichkeit, Ausdauer und Wendigkeit;
- Förderung der *Leistungsbereitschaft* durch Weckung einer positiven Einstellung zu jedweder Arbeit, um eine reibungslose und freudige Anpassung an die Gegebenheiten der industriellen Arbeitswelt zu ermöglichen⁵.

Der *zweite* Argumentationsstrang basiert auf der Überzeugung, daß der Ausschluß der Erwerbslosen aus der Lohnarbeit endgültig sein werde und daher deren „Rückführung“ in eine selbständige Tätigkeit als Kleinsiedler auf dem Lande geboten sei. Die beim „Reagrarisierungskonzept“ zu ziehenden didaktischen Konsequenzen waren eindeutig: Die arbeitslosen Jugendlichen mußten mit den Fertigkeiten und Kenntnissen ausgestattet werden, die sie benötigten, um mit eigener Hände Arbeit auf eigener „Scholle“ die notwendigen Produkte für den Lebensunterhalt zu erwirtschaften. Die männlichen Jugendlichen sollten daher einfache handwerkliche Fertigkeiten und Grundlagen der Gartenarbeit und Kleinviehhaltung erlernen, die weiblichen in der ländlichen Hauswirtschaft geschult werden. Da das Leben der Kleinlandwirte karg und die Arbeit hart war und kaum einen selbst für bescheidene Lebensansprüche hinreichenden Ertrag abwarf, wurde es zudem als notwendig erachtet, auf die zukünftigen Siedler „erzieherisch“ einzuwirken. Es galt, sie von der Größe ihrer Arbeit zu überzeugen, damit sie nicht vorzeitig aufgaben und in die Städte zurückkehrten (vgl. BODE 1930/31; FRANZISKET 1931, S. 423 ff.; BEHR 1931).

Anknüpfen konnten beide Richtungen an die für die allgemeine oder Arbeiterberufsschule entwickelten didaktischen Konzeptionen, wobei mit CONRADSEN (1931, S. 49–62; vgl. auch die Beiträgein BARTH/BODE/ERBEN 1928) drei Stadien der Entwicklung unterschieden werden können:

1. Die Phase der Einführung des Werkunterrichts zur Absorption des durch den „Wortunterricht“ nicht gebundenen Bewegungstriebes und Gestaltungswillens der Ungelernten;
2. die Phase der didaktischen Überhöhung des Werkunterrichts, der das durch die seelenlose Erwerbsarbeit verlorengegangene Berufserlebnis ersetzen sollte;
3. die Phase der Bindung des Werk- und Gartenbauunterrichts an ein fachliches Bildungsziel, das im Niveau und im Grad der Spezialisierung aber weit unter der Fachkunde der Lehrlingsberufsschule zu liegen habe, denn für die Masse der Ungelernten genüge für ihre spätere Erwerbstätigkeit die Einführung in einfachste Arbeitstechniken.

Die Zielsetzung der Ungelerntenbeschulung – allgemeine Arbeitserziehung auf niedrigstem Niveau durch Tätigkeiten in der Schulwerkstatt und im -garten und die Weckung einer positiven Einstellung zu jedweder, auch noch so unangenehmer Arbeit – wurde also auf die Erwerbslosenbeschulung übertragen. Dabei wurden – wie bereits gesagt – hinsichtlich der Bestimmung der Lebensperspektiven der Jugendlichen zwei alternative Wege diskutiert: Die Anpassung an die Bedingungen des industriellen Arbeitsmarktes oder das Ausscheiden aus der großen Industrie.

5 Aber auch die Berufsschullehrerschaft konnte auf im Rahmen der „Beschulung der Ungelernten“ erprobte didaktische Konzepte für die „erzieherische Aufgabe“ verweisen, durch die der „im allgemeinen denkfaule und schwachbegabte ... Proletarierjugendliche ... zum ernstschaffenden Menschen (werde), der auch die geistestötendste Arbeit noch zu seiner Vervollkommnung benutzt“ (WELZEL 1927/28, S. 339).

4. Thesen zur Aktualität der Debatte

Aktualität kann der hier nachgezeichneten Debatte m. E. zugeschrieben werden, weil sich deren Basisargumente auch heute finden. Daß unserer Gesellschaft die Arbeit ausgeht (vgl. SEYD 1984, S. 99f.) und die autonome ökonomische und technische Entwicklung dauerhaft zu einer inhaltlichen Entleerung beruflicher Tätigkeit führt, so daß „die Entfaltung der Persönlichkeit, die Bildung des Menschen durch den Beruf vielfach bloße Ideologie geworden ist“ (FRANZKE 1983, S. 313), gilt häufig bereits als Datum bei der Bestimmung von Zielen und Maßnahmen der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Dies sei kurz an der Systembildung im berufsbildenden Schulwesen und an der erneuten Normdiskussion um die Ziele der Berufsbildung verdeutlicht.

UHE (1979) hat im Titel seiner Studie „Jugendarbeitslosigkeit und Berufsvorbereitungsjahr“ auf den Entstehungszusammenhang des jüngsten Zweiges des beruflichen Schulwesens hingewiesen. Zwar ist die vollzeitschulische Erfassung jugendlicher Arbeitsloser ein Novum gegenüber der Weimarer Zeit, doch ähneln die Motive für die Schaffung des BVJ denen, die zur Erwerbslosenbeschulung führten. Die Jugendlichen sollten schnell von der Straße geholt werden, bevor sich ein gefährliches Potential an Staatsverdrossenheit bilden konnte. Daher verwundert es nicht, daß qualitative Gesichtspunkte – grundsätzliche Überlegungen zur curricularen Struktur sowie die Vorbereitung der Lehrkräfte – bei der Schaffung des BVJ in den Hintergrund traten (vgl. LEMKE 1982, S. 18).

Die Entwicklung curriculärer Materialien wurde inzwischen nachgeholt. Analysiert man z. B. diejenigen für das BVJ „Wirtschaft und Verwaltung“ in Niedersachsen, dann zeigt sich, daß deren Autoren von den Tätigkeiten eines Bürohilfsarbeiters als künftigem Arbeitsfeld der BVJ-Schüler ausgegangen sind und bewußt oder unbewußt von dieser Basisoption aus die Erstellung der curricularen Materialien vorgenommen haben. Wie sonst ist zu erklären, daß die vorgestellten Unterrichtseinheiten sich weitgehend auf Anleitungen zum Bedienen des Telefons, eines Fotokopierers etc. beschränken (vgl. DER NIEDERSÄCHSISCHE KULTUSMINISTER 1980)? Da zudem Jugendliche nach dem Besuch des BVJ zur Erhöhung ihrer Vermittlungschancen nicht mehr der Berufsschulpflicht unterliegen, zeigt sich, daß auch heute die Vermittlungsfähigkeit in jedwede Arbeit sowie die generelle Akzeptanz der Arbeitsmarktstrukturen die Leitlinien der Konzeptualisierung schulischer Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit sind. Weiteres Indiz ist der weitgehende Verzicht auf qualitative Argumente in der Diskussion um das Lehrstellenangebot.

In der gegenwärtig geführten berufspädagogischen Normdiskussion, die unter dem Eindruck der aktuellen ökonomischen und technischen Entwicklung steht, finden sich ebenfalls deutliche Parallelen zu der hier dargestellten Ökonomie- und Technologiedebatte unter Berufspädagogen Ende der Weimarer Republik. Wiederum geht es im Kern um die Frage, was zu tun sei, wenn „Bildung durch den Beruf“ angesichts der Entwicklung der industriellen Arbeit, die für „operative Berufe“ (ZABECK 1982, S. 85) als Dequalifizierungsprozeß gedeutet wird, nicht mehr möglich sei. Wiederum findet sich eine funktionalistische Antwort: Aus der gesellschaftlichen Aufgabe, Jugendlichen „die produktive Eingliederung in die arbeitsteilig organisierte Gesellschaft“ zu ermöglichen, wird die pädagogische „Aufgabe‘ der Berufserziehung“ bestimmt, die darin bestehe, „den Einzelnen zur Annahme seiner Existenz in der arbeitsteilig organisierten Gesellschaft freizusetzen, in ihm die Bereitschaft zu wecken, sich vorgegebene Anforderungen der Arbeitswelt zum ‚Beruf‘ zu machen, d. h. sie ernstzunehmen und sich partiell und temporär an sie zu binden“ (ZABECK 1982, S. 86).

Aber auch die radikale Absage an das industrielle System findet sich. Danach wird für die pädagogische Aufgabe der „Vorbereitung auf Arbeit und Leben“ in einem auf der „Subsistenz- und Hauswirtschaft“ basierenden „dualwirtschaftlichen“ System (FRANZKE 1983, S. 313), das als gesellschaftspolitische Alternative zum industriellen System angeboten wird, bestimmt, daß es im „Prozeß der Entprofessionalisierung“ um die „schrittweise Substitution beruflicher durch subsistenzorientierte Qualifikationen“ (ebd., S. 315) gehen müsse, die u. a. landwirtschaftliche, ökologische, medizinische und handwerkliche Grundqualifikationen umfassen sollen.

Es gilt zu betonen, daß die herausgestellten heutigen Parallelen zur geschilderten Diskussion Ende der Weimarer Republik sich nur auf das – berufspädagogisch allerdings zentrale – Basisargument der bildenden Potenz der Berufe und die daraus abgeleiteten bildungspolitischen und didaktischen Konsequenzen bezieht; demgegenüber wird *keinesfalls eine Parallelität der politischen Intentionen* behauptet. Der Verweis auf historische Parallelen ist allein als Denkanstoß gedacht, gegenwärtig als selbstverständlich gehandelte Basissätze in berufspädagogischen Diagnosen zur Entwicklung der Arbeit nochmals gründlich in Frage zu stellen, statt vorschnell Therapien zu entwickeln. Denn deren Güte ist allemal von der zugrundeliegenden Diagnose abhängig.

Literatur

- ABRAHAM, (K.): Der freiwillige Arbeitsdienst als wirtschaftspädagogische Maßnahme. In: Deutsche Handelsschul-Warte 12 (1932), S. 308–309.
- ADAMY, W./STEFFEN, J.: Sozialabbau und Umverteilung in der Wirtschaftskrise – Zum Vergleich der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Bonn und Weimar. In: WSI-Mitteilungen 36 (1983), S. 603–616.
- BARTH, A./BODE, G./ERBEN, H.: Beschulung der Ungelernten. Wittenberg 1928.
- BEHR, H.: Und unsere erwerbslose Jugend? In: Die Preußische Berufsschule 15 (1932), S. 75–76.
- BERBIG, H.: Die ökonomische und ideologische Grundlage der Arbeitsdienstforderung. In: Deutsche Handelsschul-Warte 12 (1932), S. 305–307.
- BODE, G.: Der Kleingartenbauunterricht in der Berufsschule der Ungelernten. In: Die Deutsche Berufsschule 39 (1930/31), S. 129–135; 161–171; 193–201.
- CONRADSEN, B.: Berufserziehung in der Ungelerntenschule. In: Blätter für Berufserziehung 7 (1931), S. 49–62.
- DER NIEDERSÄCHSISCHE KULTUSMINISTER (Hrsg.): Materialien für das Berufsvorbereitungsjahr aus dem Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung, Bd. 1–3. Hannover 1980.
- DEUTSCHER AUSSCHUSS FÜR TECHNISCHES SCHULWESEN: Richtlinien für die Schulung arbeitsloser Jugendlicher. In: Technische Erziehung 8 (1933), S. 81–83.
- FAASS: Überführung von Jugendlichen aus der Stadt in die landwirtschaftliche Arbeit. (Veröffentlichungen des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt aus dem Gebiete der Jugendpflege, der Jugendbewegung und der Leibesübungen, Bd. XIII.) Berlin 1930, S. 60–70.
- FRANZKET, W.: Neue berufspädagogische Aufgaben im Rahmen der Siedlung und des freiwilligen Arbeitsdienstes. In: Blätter für Berufserziehung 7 (1931), S. 413–427.
- FRANZKE, R.: Plädoyer für die Abschaffung der Berufsarbeit und Berufsausbildung. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik 79 (1983), S. 311–316.
- HESS, W.: Wirtschaft und Arbeitslosenfrage. In: Technische Erziehung 6 (1931), S. 17–19.
- HEUPEL, E.: Reformismus und Krise. Zur Theorie und Praxis von SPD, ADGB und AfA-Bund in der Weltwirtschaftskrise 1929–1932/33. Frankfurt/New York 1981.
- KEMPKENS, J.: Berufsschulung im Rahmen der Arbeitslosenversicherung. In: Deutsche Handelsschul-Warte 10 (1930), S. 243–245.
- KNOFF, P.: Beschäftigung der erwerbslosen Jugendlichen. In: Die Deutsche Berufsschule 36 (1927/28), S. 121–124.

- KÖHLER, H.: Arbeitsdienst in Deutschland. (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 10.) Berlin 1967.
- KORDE, P.: Berufskundlicher Unterricht für Büroboten an Berufsschulen für Arbeiter. In: Die Deutsche Berufsschule 42 (1933/34), S. 452–460.
- KUCZYNSKI, J.: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 5, Bd. 19. Berlin 1966, 1968.
- LEMKE, I. G.: Das Berufsvorbereitungsjahr – eine pädagogische Katastrophe? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 11 (1982), H. 5, S. 18–21.
- LIEBENBERG: Zusammenarbeit des Arbeitsamtes mit der Jugendpflege bei der Betreuung erwerbsloser Jugendlicher. (Veröffentlichungen des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt aus dem Gebiete der Jugendpflege, der Jugendbewegung und der Leibesübungen. Bd. XIII.) Berlin 1930, S. 13–23.
- MUER, H.: Die Notwendigkeit eines fachlichen Bildungsziels für die Klassen der Ungelernten, die bestimmenden Momente für seinen Inhalt und die im Hinblick auf dieses Ziel notwendige Neuorientierung der Allgemeinen Berufsschule. In: Blätter für Berufserziehung 6 (1930), S. 151–159.
- NIEFKA, E.: Jugend in Volk und Wirtschaft. (Veröffentlichungen des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt aus dem Gebiete der Jugendpflege, der Jugendbewegung und der Leibesübungen. Bd. XI.) Berlin 1930, S. 5–87.
- LARDY, M.: Erfahrungen aus der berufspädagogischen Betreuung der erwerbslosen weiblichen Jugend. In: Die Preußische Berufsschule 15 (1932), S. 86–87.
- o. V.: Die Betreuung der erwerbslosen Jugendlichen. In: Blätter für Berufserziehung 7 (1931), S. 442–445 (a).
- o. V.: Das berufsvorbereitende Schuljahr und die Beschulung der arbeitslosen Jugendlichen. In: Blätter für Berufserziehung 7 (1931), S. 109–111 (b).
- o. V.: Das neunte Volksschuljahr oder das berufsvorbereitende Schuljahr der Volksschule. In: Blätter für Berufserziehung 7 (1931), S. 144–149 (c).
- o. V.: Die Beschäftigung der Industrie im Jahre 1932. In: Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches 42 (1933), S. 89–93.
- RIEDEL, J.: Allgemeine Berufserziehung von „Ungelernten“. (Berufspädagogische Beiträge. H. 4.) Braunschweig 1955.
- SÄCHSISCHES MINISTERIUM FÜR VOLKSBILDUNG: Rundschreiben der Landesstelle für Erwerbslosenschulung vom 13.2.1931. In: Die Deutsche Berufsschule 39 (1930/31), S. 753–755.
- SCHWINDT, H. L.: Berufsschule – Erwerbslosenkurse – Arbeitsdienst. In: Die Preußische Berufsschule 15 (1932), S. 224–225.
- SEYD, W.: Berufliche Bildung im Zeichen vermindelter Chancen auf Ausbildung und Berufstätigkeit. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik 80 (1984), S. 99–110.
- STATISTISCHE ÜBERSICHTEN über die Wirtschaftslage einzelner Länder: Deutschland. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 137 (II. Halbbd. 1932), S. 905; Bd. 139 (II. Halbbd. 1933), S. 123 u. 900.
- UHE, E.: Jugendarbeitslosigkeit und Berufsvorbereitungsjahr. (Neue Pädagogische Bemühungen. Bd. 80.) Essen 1979.
- WELZEL, J.: Zum Problem der Arbeiterschule. In: Die Deutsche Berufsschule 36 (1927/28), S. 335–341.
- ZABECK, J.: Zur Kritik des didaktischen Illusionismus in der Berufs- und Wirtschaftspädagogik. In: SCHANZ, H. (Hrsg.): Berufspädagogische Grundprobleme. Stuttgart 1982, S. 66–97.

Anschrift des Autors:

Dr. Holger Reinisch, Dipl.-Hdl., Dipl.-Kfm., Paul-Tantzen-Str. 17b, 2900 Oldenburg